

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 146. Ratssitzung vom 8. März 2017

2744. 2016/179

Postulat von Adrian Gautschi (GLP) und Guido Trevisan (GLP), vertreten durch Isabel Garcia (GLP) vom 25.05.2016: Prüfung und allfällige Auflösung der bestehenden Städtepartnerschaften

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Isabel Garcia (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1936/2016): Mit dem Postulat fordern wir den Stadtrat auf, dass er das System und die Zielsetzungen der heutigen Städtepartnerschaften der Stadt überdenkt und allenfalls durch ein neues System ablöst. Es geht uns nicht um das Sparen, sondern um eine Modernisierung, ein Update des Systems der Städtepartnerschaften. Die Stadt scheint dies ähnlich zu sehen, denn auf der Webseite sind die Zielsetzungen und Beschreibungen bereits in der Vergangenheitsform formuliert: «Die Ziele gehen auf die Jahre der Nachkriegszeit zurück, als Städtepartnerschaften die Vorhut einer nationalstaatlichen Annäherung bildeten. Sie galten als kleine Bollwerke gegen einen erneuten Ausbruch von Feindseligkeiten. Die Bemühungen solcher Partnerschaften richteten sich deshalb auf den kulturellen Austausch und die Kenntnisnahme anderer Gesellschaften und Lebensformen.» Im Zeitalter von Globalisierung, Digitalisierung und beinahe grenzenloser Mobilität sind wir überzeugt, dass das Konzept der Städtepartnerschaften neu gestaltet werden kann und soll. Unserer Meinung nach könnte und sollte die Weiterentwicklung in folgende Richtung gehen: Weniger formalisierte Partnerschaften, zeitlich beschränkte Projekte, inhaltlich fokussierte Partnerschaften, die sich auf gewisse Bereiche beschränken, flexible Netzwerke und schliesslich digitale Formen des Austauschs. Dies sind nur einige Stichwörter. Wir hoffen, dass dies eine Mehrheit im Rat auch so sieht.

Karin Rykart Sutter (Grüne) begründet den namens der Grüne-Fraktion am 8. Juni 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Wir Grünen halten die Städtepartnerschaften noch für zeitgemäss. Das Postulat geht für uns durchaus in die Richtung, dass man die Städtepartnerschaften nicht auflösen soll und an diesen festhalten soll. Die Städtepartnerschaften sind eine Sache der Solidarität, eines gegenseitigen Interessens, eines persönlichen Austauschs und persönlicher Begegnungen. Persönliche Begegnungen sind auch in der heutigen Zeit durchaus wichtig und richtig. In der heutigen globalisierten Welt kann man zwar mit Google durch alle Strassen surfen, mailen, chatten, sich auf Facebook, Twitter oder Instagram tummeln. Man ist hier und dort und überall und alles in einer unglaublichen Geschwindigkeit und mit einer unglaublichen Oberflächlichkeit. Es ist wichtig und sinnvoll, den kulturellen Austausch zu pflegen. Auch der Gemeinderat pflegt diesen regelmässig. Die Begegnungen haben eine andere Qualität, wenn man sich persönlich kennenlernt und austauscht, auch in Städten, die man privat vielleicht schon kennt. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir im Gemeinderat einen neuen Brückenschlag mit Diyarbakir gemacht. Zu diesem Zeitpunkt

wurde auch das vorliegende Postulat eingereicht. Durch den Brückenschlag nehmen wir mehr Anteil an der Entwicklung der Stadt, in der schwierigen politischen Lage, in der sie sich befindet. Es ist richtig und wichtig, dass wir auch hier dranbleiben. Das Postulat spricht von «sogenannten» Partnerstädten. Man erhält den Eindruck, der Begriff werde nicht ganz ernst genommen. Unserer Ansicht nach sind Partnerstädte eine gute Sache. Man kann durchaus darüber nachdenken, mit welchen Städten man die Partnerschaften eingehen soll. Es sollte aber grundsätzlich möglich sein, auch mit neuen Partnerstädten in der bisherigen Form Partnerschaften einzugehen.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): Wir unterstützen das Postulat, obwohl es der GLP dabei leider, wie wir gehört haben, nicht um das Sparen geht. Am Ende könnte hier aber tatsächlich gespart werden. Wenn von «Überprüfung und potenzielle Auflösung der Städtepartnerschaften» die Rede ist, kommt uns dies sehr entgegen. Wir haben die Städtepartnerschaften immer wieder heftig kritisiert und hinterfragt. Von 1982 bis 2002 gab es eine erste erfolgreiche Phase, es war ein sehr guter Start. Es waren Ideen vorhanden, es fand Kulturaustausch statt und es entstanden Erfolgsgeschichten. Ein Beispiel wäre der daraus entstandene Chinagarten. Zürich wiederum konnte mit der Wasserversorgung und Verkehrsinfrastruktur in Kunming etwas bewirken. Das Volk befürwortete die Weiterführung der Partnerschaft mit Kunming zu 64 %. 2002 begann die unselige rot-grüne Ära der Städtepartnerschaften. Man holte sich San Francisco an Bord. Man wollte mit einer modernen amerikanischen Stadt Kontakt aufnehmen und deren Kunstverständnis nach Zürich bringen. Aus Sicht der SVP existieren zahlreiche ergebnislose Kulturprojekte, man hat Ateliers und Wohnungen in New York oder San Francisco, die aus unserer Sicht nicht viel Effizienz bringen. 2013 konnte man als grossen Erfolg ein messbares Ergebnis vorweisen: Ein «Memorandum of Understanding». Man verstand sich offenbar nach diesen elf Jahren etwas besser. Kunming geriet ebenfalls unter den rot-grünen Druck. Die Stadt ist in der Zwischenzeit zu einer 6-Millionen-Einwohner-Stadt herangewachsen. Sie muss sich nicht mehr von uns sagen lassen, wie sie ihre Trams und Busse, ihre Wasserleitungen organisieren muss. Auf der Webseite der Stadt Zürich steht: «Alle Aktivitäten der Städtepartnerschaft sind unter dem Oberziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung und Förderung des Klimaschutzes angeordnet.» Zürich möchte somit Kunming ins postfossile Zeitalter locken. Es gibt das Programm «Sino-Swiss Low Carbon Cities». Zürich versucht Kunming davon zu überzeugen, dass Kunming das ökologische Evangelium von Zürich übernehmen soll. Es lohnt sich, das Thema der Städtepartnerschaften zu prüfen. Aus unserer Sicht wäre es an der Zeit, die Partnerschaften umgehend aufzulösen.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Wir haben im historischen Exkurs im Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) gehört, dass die Städtepartnerschaften einige Jahre zurückreichen. Er hat daraus seine Schlüsse gezogen, was sich geändert hat, seit die Städtepartnerschaften unter rot-grüner Führung liegen. Damit bin ich ganz und gar nicht einverstanden. Wenn Zürich auch nur einen kleinen Beitrag dazu leisten kann, dass China seine CO₂-Emissionen senken kann oder die Emissionen nicht in der gleichen Art entwickeln, wie dies bei uns geschah, ist schon viel gewonnen. Wir wollen diese Diskussion aber nicht

anhand dieses Postulats führen. Wir sind der Meinung, dass es richtig ist, hin und wieder zu überprüfen, ob eine Partnerschaft in ihrer Art und Weise den mit ihr verbundenen Zweck noch erfüllt. Falls man in der Überprüfung zum Resultat kommt, dass man neue Aufstellungen vornehmen muss, würden wir uns wünschen, dass man daraus nicht schliesst, dass die Partnerschaften einfach ersatzlos eingestampft werden müssen, sondern, dass allenfalls etwas Neues Sinn macht. Ein Vorschlag wurde kürzlich in unseren Reihen diskutiert. Wenn wir dem Postulat zustimmen, ist das mitnichten ein Votum gegen das Wesen von Städtepartnerschaften. Wir sehen den Nutzen und den Mehrwert sehr wohl, den diese gerade für eine Stadt wie Zürich bieten können. Wir stehen dem Postulat emotionslos und pragmatisch gegenüber. Es ist eine Aufforderung, die Städtepartnerschaften von Zeit zu Zeit über den historischen Verlauf hin zu prüfen und darauf zu achten, dass man mit Regionen in der Welt Partnerschaften pflegt, die dem partnerschaftlichen Gedanken tatsächlich auch etwas bringen. Für uns kann das eine Weiterführung oder eine Neujustierung des Bestehenden sein, es kann aber auch den Ersatz von Bestehendem durch etwas Neues sein.

Markus Hungerbühler (CVP): *Man ist sich offensichtlich grossmehrheitlich einig, dass das Postulat unterstützt werden soll. Auch die CVP wird es unterstützen, allerdings aus etwas anderen Gründen als bisher genannt. Wir sind durchaus der Meinung, dass man überprüfen soll, was möglich ist, was neu möglich ist und was allenfalls geändert werden kann. Es ist ein guter Zeitpunkt. Ich wehre mich allerdings gegen nun vorgebrachte Aussagen, dass wir – so wie ich es verstanden habe – versuchen würden, als Stadt Zürich einer 6-Millionen-Stadt wie Kunming zu sagen, wie diese ihr Leben besser führen muss. Meiner Meinung nach bedeutet eine Partnerschaft, auf gleicher Augenhöhe zu sein. Wir sollten nicht belehrend wirken. Insofern sind wir uns in der Methodik möglicherweise nicht ganz einig. Wir werden dem Postulat aber zustimmen. Die Grünen scheinen von unseren Intentionen nicht allzu weit entfernt zu sein. Ich verstehe deshalb nicht, weshalb sie einen Ablehnungsantrag gestellt haben.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Stadt hat zwei institutionalisierte Partnerschaften. Beide bestehen seit vielen Jahren. Die Städtepartnerschaft mit San Francisco besteht seit 2003, diejenige mit Kunming seit 35 Jahren. Sie sind inhaltlich und von den Aktivitäten her sehr unterschiedlich. Mit San Francisco erfolgt der Austausch insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur, Kreativwirtschaft und Wissenschaft. Initiiert wurde diese Städtepartnerschaft von der Swiss Re mit dem Ziel einer starken Fokussierung auf den Austausch im Bereich Hightech. Zudem besteht seit vielen Jahren ein erfolgreicher Schülerinnen- und Schüleraustausch zwischen der Kantonsschule Enge und einer Partnerschule im San Francisco. Mit Kunming liegt der Fokus auf der technischen Zusammenarbeit, die das Ziel verfolgt, eine klimaverträglichere und nachhaltigere Stadtentwicklung zu erreichen. Hier haben wir viel beigetragen und konnten in den vergangenen Jahren viel erreichen. Zuletzt besuchten wir Kunming zweimal mit Wirtschaftsdelegationen, Zürcher Unternehmen, die etwa im Bereich nachhaltiges Bauen Angebote machen konnten und teilweise wirtschaftlich Fuss gefasst haben in China. Beide Partnerschaften verfügen nicht über ein Budget der*

4 / 4

Stadt. Bei San Francisco sind es Beiträge von Dritten, bei Kunming übernimmt der Bund die Finanzierung. Das Programm «Sino-Swiss Low Carbon City» ist ein auf nachhaltige Entwicklung und CO₂-Reduktion ausgerichtetes Programm des Bundes. In einem Land, das wirtschaftlich starke Fortschritte verzeichnet, erreicht man in diesem Bereich sehr viel, wenn man dort investiert. Es ist richtig und sinnvoll, Bestehendes immer wieder auf seine Gültigkeit und Zukunftsfähigkeit zu überprüfen. Die von Isabel Garcia (GLP) eingebrachten Ideen, wie Partnerschaften gestaltet werden könnten, haben wir teilweise bereits aufgenommen. Der Austausch mit Diyarbakir wurde erwähnt, dieser kam vom Gemeinderat. Des Weiteren existieren thematisch fokussierte oder zeitlich befristete Projekte im Libanon, mit der Unterstützung von Gemeinwesen im Libanon im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es für internationale Städte wie Zürich wichtig und unabdingbar ist, dass wir uns mit anderen Städten in der Welt austauschen. Wir werden das Anliegen aber gerne prüfen.

Das Postulat wird mit 81 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat